

Bündnis 90-Die Grünen Köln

Protokoll der Mitgliederversammlung am
21.02.2000 im Kreisverbandsbüro,
Ebertplatz 23, 50668 Köln

- 1 **Formalia.**
 - 1.1 Präsidium: Ursula Diersch, Jürgen Bürger, Björn Troll, Hartmut Neubauer-Stankiewicz (Protokoll)
 - 1.2 Tagesordnung: mit einigen Modifikationen (v.a. Aufnahme des TOP »Köln-Pass«) angenommen.
- 2 **Strukturreform des Bundesverbandes.**
 - 2.1.1 Matthias Neumann möchte den Bundesvorstand (BuVo) von jetzt vier auf sechs Mitglieder aufstocken, wobei drei Plätze auch für MandatsträgerInnen offen sein würden. Begründung: Als ParteisprecherInnen brauchen wir Leute von Format. Diesem Anspruch sei Antje Radcke nicht gerecht geworden. Allerdings ist für die 1999-er Krise nicht allein der BuVo verantwortlich.
 - 2.2 Stefan Peil: schlägt vor, dass sich zunächst die verschiedenen Positionen, vor allem zur Frage der Trennung von Amt und Mandat (TAM) vorstellen. Bevor dies geschieht, erläutert Volker Beck, dass eine Prüfung ergeben hat, dass man das Grundgesetz ändern müsste, wenn man das »ruhende Bundestagsmandat« für MinisterInnen einführen würde.
 - 2.2.1 Dirk Krüger: ist für die Aufrechterhaltung der TAM, da diese der Machtkontrolle dient. Beispiel NRW: Wäre Ministerin Bärbel Höhn im Landesvorstand, wie hätte sie die Garzweiler-Genehmigung rechtfertigen können? Im Übrigen sind Mandatsträger zeitlich nicht in der Lage, eine Doppelfunktion wahrzunehmen. Dass hier zusätzliche Angestellte zur Verfügung gestellt werden sollen, ist angesichts knapper Parteikassen schwer vermittelbar.
 - 2.3 Diskussion.
 - 2.3.1 Jörg Frank warnt davor, die Debatte auf die innerparteiliche Situation zu verengen. Vom Inhalt - nicht von der strafrechtlichen Relevanz - sind die derzeitigen Krisen der Bundes- und Hessen-CDU und der NRW-SPD vergleichbar,
 - 2.3.2 Diana Siebert: Wenn die TAM abgeschafft würde, würden uns nicht mehr Menschen abhanden kommen?
 - 2.3.3 Arndt: Die Debatte ist zu eingegrenzt. Unser 99-er »Tief« hatte nicht nur inhaltliche Gründe. Der Vorschlag der Strukturkommission bedeutet u.a. die Beibehaltung der Doppelspitze und die *teilweise* Aufhebung der TAM, die es z.B. MinisterInnen und Fraktionsvorsitzenden nicht erlauben würde, für den BuVo zu kandidieren.
 - 2.3.4 Marianne Hürten: für strikte Beibehaltung der TAM, da z.B. die jetzige Krise der NRW-SPD auch daher rührt, dass J. Rau die Termine als Ministerpräsident und Parteivorsitzender nicht immer trennen konnte.
 - 2.3.5 Volker Beck: Die in TAM gesetzten Erwartungen haben sich nicht bewahrt. Zur Zeit steht einem mächtigen, aber satzungsmäßig nicht vorgesehenen »Wohlfahrtsausschuss«, dem drei MinisterInnen und die Fraktionsspitze angehören, einer Parteispitze gegenüber, die bei vielen nur als zweite Wahl gilt; dabei haben A. Radcke und G. Röstel nicht schlechte Arbeit geleistet.
 - 2.3.6 Edith Müller: Am Anfang wollten wir Grüne »anders sein«. Jetzt müssen wir uns fragen: Wie können wir die Partei stärken? Uns fehlt so jemand wie Angela Merkel. Durch eine Aufhebung der TAM soll die Freiheit der Wahl gestärkt werden.
 - 2.3.7 Ulrike: Reiner Priggen und Barbara Steffens haben die Position der NRW-Grünen immer gut nach außen vertreten, also keine Strukturprobleme. - Albert Liesegang beschwört die Besinnung auf »grüne Werte«.
 - 2.4 Anträge zur »Trennung von Amt und Mandat«. Schriftlich liegen zwei Anträge vor:
 - 2.4.1 Volker Beck, Änderungsantrag zu § 14-1 BuVo
 - 2.4.2 Arndt Klocke, »Reform der Struktur der grünen Bundespartei«.

da sie mit Strukturen zu tun haben. Als Konsequenz müssen wir Machtanhäufung begrenzen. Der BuVo muss zu einem schlagfertigen Instrument gemacht werden, ohne jedoch aufgestockt zu werden.

- 4.3 Als dritten Antrag schlägt Marianne Hürten mündlich die Beibehaltung der TAM wie bisher vor.
- 2.4.4 Als weitestgehender Antrag wird dieser zuerst behandelt. Dafür stimmen ca. 32, dagegen ca. 18 bis 20. 2 Enthaltungen. Damit ist der Antrag »Hürten« angenommen und sind der Antrag »Beck« und ein Teil des Antrags »Klocke« gegenstandslos geworden.
- 2.5 Abstimmung über andere Punkte, die die Bundessatzung betreffen
- 2.5.1 Doppelspitze: Bisher ist die Beibehaltung der Doppelspitze unstrittig. Um dennoch eine Abstimmung darüber zu erreichen, stellt Jörg Frank den Antrag, sie durch eine(n) Parteivorsitzende(n) zu ersetzen. Dieser Antrag wird mit nur einer Fürstimme und einigen Enthaltungen abgelehnt.
- 2.5.2 Parteipräsidium: Arndt Klocke stellt den Teil aus seinem Antrag, der dieses einrichten will, zur Abstimmung. Mit 32 : 0 Stimmen bei einigen Enthaltungen wird dieser Antrag angenommen.
- 2.5.3 Aufstockung des Bundesvorstandes: Der Teil des Antrags von A. Klocke, der eine Erweiterung auf sechs Personen vorsieht, wird mehrheitlich angenommen. Nur vier stimmen für den Gegenantrag von Jörg Frank (vier Mitglieder für den BuVo). Es gibt mehrere Enthaltungen.
- 2.6 Antrag Matthias Neumann: Verzicht auf CDU-Strafgelder (der Teil der von Wolfgang Thierse festgelegten 41 Mio. DM, der B'90/den Grünen zugute kommen soll) zu Gunsten gemeinnütziger Zwecke.
- 2.6.1 Volker Beck rät davon ab, diesen Antrag jetzt bei der BDK vorzulegen; allenfalls sollte er zurückgestellt und nur als Vorschlag an den BuVo geleitet werden. Die meisten anderen RednerInnen reagieren ebenfalls skeptisch bis ablehnend. Volker Bulla: wenn man das Geld dem Solidaritätsfonds zukommen lassen würde, wäre es auch gemeinnützig. Hingegen meint Ansgar, die Annahme dieses Antrags wäre eine gute Werbung für Grüne.
- 2.6.2 Nach einem GO-Antrag von Stefan Peil wird über den Antrag Matthias N. abgestimmt. Der Antrag wird mehrheitlich

abgelehnt (sechs Fürstimmen, drei Enthaltungen).

- 2.6.3 Ein Antrag von Marianne Hürten, auf die Beschlussfassung über die Gelder zu verzichten und erst bei der Bundshaushaltsdebatte zu erörtern, wird mehrheitlich angenommen.
- 2.7 Antrag »Internationaler Solidaritätsfonds« (während der Auszählpausen behandelt).
- 2.7.1 Dirk Krüger spricht für den Antrag.
- 2.7.2 Arndt Klocke: Die Bundespartei ist hoch verschuldet. Der Bundesvorstand will den Fonds für ein bis zwei Jahre einfrieren. Mehrere RednerInnen machen darauf aufmerksam, dass eine Einfrierung nicht mit einer Auflösung gleichzusetzen sei.
- 2.7.3 In einer Abstimmung stimmt die Mehrheit für den Antrag »Int. Solidaritätsfonds«.
- 3 **Wahl der Delegierten für die BDK-en** der nächsten 12 Monate, insbesondere am 17.-19. 3. in Karlsruhe. Neun Leute, darunter fünf Frauen, sind zu wählen.
- 3.1 Vorstellung der Kandidatinnen. (Von den Frauen sprechen sich nur Elisabeth Thelen und Belinda Harnack für eine Lockerung der TAM aus.)
- 3.2 Wahlgänge bei den Frauen (1. Wahlgang und Ersatzdelegiertenwahl - letztere zusammen mit 2. Wahlgang der offenen Plätze)
- | | 1.WG | ED |
|-------------------------|------|----|
| Abgegeben | 52 | 47 |
| Gültig | 51 | 46 |
| Ungültig | 1 | 1 |
| Quorum | 17 | 16 |
| Stimmen/Plätze | 3/5 | - |
| <i>Belinda Harnack</i> | 17 | |
| <u>Marianne Hürten</u> | 22 | |
| <u>Ulrike Kessing</u> | 19 | |
| <i>Heidi Näpflin</i> | 16 | 36 |
| <u>Diana Siebert</u> | 19 | |
| <u>Roswitha Skladny</u> | 18 | |
| <i>Rita Steinforth</i> | 11 | 26 |
| <u>Elisabeth Thelen</u> | 24 | |
| <i>Anke Waldmann</i> | - | 26 |
- 3.3 Wahl der offenen Plätze. Auch hier sprechen sich viele bei der Vorstellung für die Beibehaltung der TAM aus. Peter Sörries ist nicht anwesend und hat eine schriftliche Bewerbung vorgelegt.